

# blickpunkt

ZEITUNG DER DKP FÜR MÖRFELDEN-WALLDORF



## Maske auf und seine Meinung sagen!

Viele Leute haben gerade andere Sorgen. Neue Einschränkungen, neue Belastungen. Manche resignieren. Einige sagen: Die Bekämpfung der Corona-Pandemie ist jetzt das Wichtigste. Doch vergessen darf man bei allem nicht, wenn am nächsten März bei der Kommunalwahl die Leute gewählt werden, die nichts von den momentanen Auseinandersetzungen gelernt haben, kann es teuer werden. Für jeden einzelnen von uns. Wir wissen: Bei einer Lotterie und vor Wahlen versprechen viele den Hauptgewinn, ob Nieten gezogen wurden stellt sich meist später heraus. Wir sagen heute schon „Wir wollen keine höheren Abwassergebühren!“

„Wir wollen die Seegärten nicht zubetonieren!“

„Wir brauchen Frischluftschneisen zwischen Mörfelden und Walldorf!“

Aber auch:

„Wer den Großen nichts nimmt, kann den Kleinen nichts geben!“

Seit dem 2. November gibt es neue Regeln für die Bevölkerung.

Die Corona-Zahlen gehen gerade durch die Decke.

Wir müssen wirklich „aufpassen“ - auch, damit man uns in dieser Zeit nicht das „Fell über die Ohren zieht!“

Kein weiterer Sozialabbau! ... auch nicht in unserer Stadt!

**Helfen sie mit. Wir brauchen Geld um diese Zeitung herzustellen.**

**Wir brauchen Helfer beim „Austragen“!**

**Werden Sie aktiv - auch mit Maske!**





## Der neue Alltag an der Bertha-von-Suttner-Schule

Während wir seit Beginn der Coronapandemie viel über die Rettung großer Wirtschaftskonzerne lesen, und sich die Beschäftigten in ganz Deutschland in den Tarifverhandlungen „schon mal auf 0-Runden einstellen sollen“, wie es von Arbeitgeberseite heißt, wurde ein Bereich unseres täglichen Lebens oft nur am Rande erwähnt. Wie begegnen wir der Pandemie an unseren Schulen? Zugegeben - es wurde viel über Onlineunterricht gesprochen, und so riefen viele Optimisten schon im Frühjahr: „endlich erreichen unsere Schulen auch das 21. Jahrhundert! Jetzt wird die Digitalisierung kommen“. Schnell wurde allerdings klar, dass es außer undurchdachten Konzepten der Bildungsministerien inkl. einer totalen Überlastung vieler Lehrer\*-innen und einer täglichen E-mail-Flut für die Schüler\*innen keine

bahnbrechenden Innovationen gab. Im Gegenteil. Sobald der Unterricht über den heimischen PC laufen sollte, wurde klar, wie weit die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland eigentlich auseinander geht. Viele Schüler\*innen haben nämlich keinen eigenen PC oder Laptop und können nur zeitweise den der Eltern verwenden. Was im Onlineunterricht mangels Zeit nicht vermittelt werden konnte, fiel noch stärker auf die Eltern zurück, als es schon vor der Krise der Fall war. Die Bildung der Kinder war also noch mehr von der Möglichkeit der Eltern abhängig, ihnen selbst zu helfen, oder teure Nachhilfe bezahlen zu können.

### Präsenzunterricht mit allen Mitteln

Auch an der Bertha von Suttner Gesamtschule wird jetzt weiter am Präsenzunterricht festgehalten. Wir sprachen darüber mit zwei Schülerinnen der BvS. Diese berichteten uns vom Laufleitsystem und den Punkten, an welchen die einzelnen Klassen auf dem Schulhof während ihrer Pause stehen müssen, damit sie keinen Kontakt mit Schüler\*innen anderer

Klassen haben. Sie berichteten uns, wie sie im Klassenraum jetzt schon frieren, weil diese so voll sind, dass es ohne das ständige Lüften eine zu große Ansteckungsgefahr gibt. Vor Allem aber sagten sie uns, wie halberzig viele der Maßnahmen umgesetzt werden. So halten sich große Teile der Schüler\*innenschaft nicht an die Regeln und die Lehrer\*innen sind nicht in der Lage, diese mit Nachdruck durchzusetzen.

### Und nun?

Wir sagen: Das kommt eben dabei raus, wenn völlig realitätsferne Konzepte umgesetzt werden müssen, wenn es statt staatlicher Hilfe in Form von Luftfiltern oder CO<sub>2</sub> Messgeräten in den Klassenräumen nur warme Worte gibt.

Die Lehrer\*innen trifft hier keine Schuld. Sie sehen sich der Mammutaufgabe gegenüber, gleichzeitig für die Gesundheit und die Bildung der Jugend an vorderster Front kämpfen zu müssen, immer mit der Angst im Hinterkopf, selbst krank zu werden oder ihre Familien zu infizieren.

## Bei anderen gelesen

### Aus der „Frankfurter Rundschau“

#### Schulsprecher fordert kleinere Klassen

In einem offenen Brief aus Offenbach heißt es u.a.: „Wir wollen nicht wie Versuchskaninchen in der zweiten Corona-Welle behandelt werden“. Wenn täglich so viele Menschen auf so engem Raum zusammen seien, könnten auch Masken nur bedingt schützen. „Wir fühlen uns der Pandemie schutzlos ausgeliefert“. Die Verfasser fordern einen sofortigen Wechsel zwischen Präsenz- und Distanzunterricht an der Berufsschule, also Homeschooling. Das würde ermöglichen, die Klassen so zu verkleinern, dass Mindestabstände eingehalten werden könnten. Schließlich empfehle das Robert-Koch-Institut, Klassen ab einer 7-Tage-Inzidenz von 50 zu verkleinern. Unterschrieben

ist der Brief „im Namen der Schüler\*innenschaft“ von Schulsprecher Gulsher Gharwal und von Ko-Autor Kevin Schmidt.

Laut Schmidt ging die Initiative für den Brief von dem Abitursjahrgang aus; dort gebe es wegen des Kurssystems besonders viele Kontakte. Und jeder Infizierte trage die Krankheit nach Hause zu den Eltern. In den Klassen werde zwar viel gelüftet, sagt Schmidt, aber jetzt werde es kälter. „Man kann die Klassenarbeit doch nicht mit Handschuhen schreiben“, sagt er. „Man tut uns so einfach keinen Gefallen“. In der letzten Woche habe es an der Schule einen Covid-Fall ge-

geben, Mitschüler\*innen seien aber nicht getestet worden. Es bestehe unter anderem wegen der Maskenpflicht „keine Notwendigkeit der Weiterverfolgung“, teilte das städtische Gesundheitsamt mit.

Überhaupt ist fraglich, ob die Stadt Offenbach die Kapazitäten dafür hätte. Vor wenigen Tagen teilte der Magistrat mit, dass „das Gesundheitsamt die wichtige Kontaktnachverfolgung in vielen Fällen nicht mehr gewährleisten kann“. Infektionsketten müssten vor allem bei gefährdeten Menschen unterbrochen werden, heißt es in der Mitteilung.

Fest zu halten ist: Man hat in Deutschland die „ruhige Zeit“ im Sommer verpennt. Ordentliche Lösungsansätze für den Schulbetrieb wurden nicht entwickelt. Heute heißt es, die Luftreinigungsgeräte für alle Klassenräume würden insgesamt 1 Milliarde Euro kosten. Zuviel offenbar. Allein die Lufthansa bekam 8 Milliarden und die geleasten 7 neuen Drohnen der Bundeswehr kosten über 1,2 Milliarden Euro.

### „Augen zu und durch!“

Teure Kläranlage. Kurz vor der Kommunalwahl hat die Rathaus-Koalition Pflöcke eingerammt. Es gab keinen Willen auf die Bedenken vieler Menschen einzugehen, die Vorschläge machten um Kosten zu reduzieren. Die Einwohner sollen jetzt blechen! Keiner hatte verlangt, das Ruder total herumzureißen. Aber wenigstens hätte man überlegen können, ob man die hohe Belastung der Bevölkerung wenigstens vermindern kann.

Jetzt kriegen wir das „50-Millionen-Ding“. Es gab keinen Versuch, den Einwohnern von Mörfelden-Walldorf Abwassergebühren von € 5.00 und mehr pro Kubikmeter (= € 400 im Jahr für einen 4-Personen-Haushalt) zu ersparen. Keine Nachdenklichkeit höchstens Überheblichkeit.

Einen Stopp der Ausschreibungen hält der erste Stadtrat Ziegler für „Sinnfrei“. Andere Vorschläge: seien „Augenwischerei und Populismus“. Der „Bänker im Amt“ kennt sich aus. Aber auch die momentan mitregierenden SPD-Leute haben ihre „soziale Ader“ vergessen. Fraktionschef Alexander Best wirft der Opposition „wachstumsfeindliche Ideologie“ vor. Hat er nichts gelernt?

FDP-Sprecherin Freitag: „Die Bemessungsgröße der Kläranlage ist auch eine politische Entscheidung, die FDP ist für weitere Baugebiete und wir wollen für die Zukunft aufgestellt sein.“ Was für eine Zukunft, möchte man fragen. Zwischen Mörfelden und Walldorf die „Grüne Lunge“ zugebaut, die Gärten im See unter Beton? Dazu passt die Meldung in der Presse „Brexit - die Bänker in London zieht es nach Frankfurt“.

Der Bürgermeister hat von der Möglichkeit einer weiteren Beanstandung keinen Gebrauch gemacht. In der örtlichen Presse vom 29.10.2020 las man noch seine Sätze: „Die Kosten für die Modernisierung der Mörfelder Kläranlage haben sich zuletzt extrem erhöht. So hatte das Parlament Aufträge für den nächsten Bauabschnitt vergeben, die 22 Prozent über der Kostenprognose von 2018 liegen“.

Der Bürgermeister hatte gegen die Aufträge mit einem Volumen von 15 Millionen Euro Widerspruch eingelegt, der allerdings nur eine aufschiebende Wirkung hatte (wir haben berichtet).

Winkler: „Stimmt das Parlament Anfang November erneut der Vergabe zu, ist der Beschluss bindend und die Baufirmen bekommen den Zuschlag.“ Das ist jetzt geschehen.

Nach § 63 (2) der Hessischen Gemeindeordnung hätte er aber den erneuten Vergabebeschluss beanstanden können. Gründe für eine Beanstandung gibt es genug. Zum Beispiel die Tatsache, dass der Bauausschuss die Vergaben in nichtöffentlicher Sitzung beschlossen hat, bevor er einen Antrag, einen Vergabestopp zu erlassen, überhaupt beraten hatte. Oder die Tatsache, dass die Betriebskommission der Stadtwerke nicht satzungsgemäß besetzt war, als sie den Ausschreibungen und Auftragsvergaben zustimmte.

Einen erneuten Aufschub hätte nur das Verwaltungsgericht aufheben können. Zeit für Protest und Widerstand. Die „komfortablen Mehrheit“ hat jetzt ein Zeichen gesetzt.

Überteuerte Kläranlage, undemokratisches Herangehen. Die Ziegler-Koalition arbeitet nach dem Motto: „Augen zu und durch!“ Sie hat jetzt die Verantwortung für das Millionengrab Kläranlage.

Die Leute haben momentan andere Sorgen, denkt man im Rathaus. Bis der erste Bescheid über die enormen Abwassergebühren im Briefkasten liegt, werden die Leute ruhig sein - denkt man. Man kann und man muss dazu seine Meinung sagen. Auch bei der Kommunalwahl im März 2021.

rh

## Linke Opposition bleibt notwendig!



### Kein Geld da?

Multinationale Konzerne machen Milliarden Gewinne in Europa – zahlen hier aber kaum Steuern. Es geht um riesige Summen: Apple etwa hat jahrelang Gewinne aus ganz Europa über Tochterfirmen nach Irland verschoben und dort teilweise nur 0,005 Prozent Steuern bezahlt - das sind 50 Euro Steuern auf eine Million Euro Gewinn. So entgehen den EU-Staaten durch legale Tricks von Einzelpersonen und Konzernen jedes Jahr bis zu 70 Milliarden Euro. Deutschland allein gehen bis zu 30 Milliarden Euro verloren. Zum Vergleich: In Deutschland fehlen derzeit über 300.000 Kita-Plätze. Mit drei Milliarden Euro könnten diese geschaffen werden. Das internationale System der Unternehmensbesteuerung ist extrem veraltet. Multinationale Großkonzerne nutzen das aus: Sie eröffnen Tochtergesellschaften in Ländern, die kaum Unternehmenssteuern erheben – und verlagern ihre Gewinne dorthin. So zahlen sie viel weniger Steuern, als sie das in den Ländern tun würden, in denen sie ihre Gewinne tatsächlich erwirtschaftet haben.

# INFOS



[dkp-mw.de](http://dkp-mw.de)



[youtube.com/sdajtv](https://youtube.com/sdajtv)



[Instagram.com/dkpmoewa](https://instagram.com/dkpmoewa)



[facebook.com/DKPLinkeListe](https://facebook.com/DKPLinkeListe)



Im Dezember gibt es den 600. blickpunkt. auf unserer Webseite: [www.dkp-mw.de](http://www.dkp-mw.de) kann man sich alle Ausgaben ansehen. Manchmal ist es interessant die alten Zeitungen durchzublättern.

## Wie kamen eigentlich die Freien Wähler zu ihren „sensationellen 22,8%“?

Die „Freien Wähler leisteten sich 2016 einen großen Werbeaufwand. Sie beauftragten die Werbeagentur CMF in der Kurhessenstraße. Das Motto

des Unternehmens: „CMF steht für Claus M. Faber. Als Inhaber setzt er sich persönlich dafür ein, dass die Rechnung unserer Kunden aufgeht. Mit Kontinuität und dem Willen zum Erfolg.“

Am 6. März doppelt gewinnen:  
FREIE WÄHLER wählen!

**Ja zum Wechsel!**

- › Für neue Köpfe im Stadtparlament
- › Für frischen Wind im Rathaus

**FW**  
FREIE WÄHLER  
Mörfelden

**Plakatfetzen. Da haben wir uns was „eingewechselt“!**

Das hat er 2016 für seinen Kunden „Freie Wähler“ getan. CMF-Eigenwerbung: „Aus dem Stand heraus sensationelle 22,8% für die Freien Wähler als Newcomer. Damit ist die Partei mit 10 Sitzen zweitstärkste Kraft im Stadtparlament.“

(Beiläufig: Die gleiche Firma erhielt später den Auftrag für das neue Stadt-Logo.)

Wer sich an den Aufwand erinnert, den sich die FW-Leute „leisteten“ und sieht, was daraus geworden ist, kann sich nur wundern. Da haben wir uns was „eingewechselt“!

Einen Bänker im Amt, das er eigentlich abschaffen wollte.

Wir sind sehr gespannt, wie sich die „Freien“ bei der kommenden Wahl präsentieren werden. Die „kleinen Leute“ in unserer Stadt haben jedenfalls was anderes verdient.

Vergesst nicht, dass diejenigen Menschen euch am besten dienen werden, die Ihr aus eurer eigenen Mitte wählen werdet, die das gleiche Leben wie Ihr führen, und die gleichen Leiden ertragen wie Ihr. Hütet euch vor Leuten, die zu viel reden, vermeidet vom Schicksal Begünstigte, denn selten nur will derjenige, der ein Vermögen besitzt, im Arbeitenden seinen Bruder sehen.

Wahlaufruf der Pariser Kommune vom 25. März 1871



## Kein Umdenken in Sicht

Am 31. Oktober wurde der „Willy-Brandt-Flughafen“ eröffnet. 14 Jahre nach Baubeginn. Aber nicht nur die Bauzeit ist „rekordverdächtig“. Bis heute hat der neue Flughafen bereits sieben Milliarden Euro gekostet – ursprünglich waren einmal 900 Millionen eingeplant. Wegen der Corona-Pandemie braucht der Flughafenbetrieb in den folgenden Monaten viele weitere Zuschüsse.

In Berlin gab es nicht nur Sekt und Reden bei der Eröffnung - zahlreiche Demonstranten waren auch da. Sie wiesen auf den Klimawandel hin. Der BER sei vor allem eine „neue riesige Emissionsschleuder“, erklärte die BUND-Jugend.

Der Anteil der globalen Luftfahrt am menschengemachten Klimawandel beträgt einer Studie zufolge 3,5 %. Etwa 1,5 % entfallen dabei auf die CO<sub>2</sub>-Emissionen, der Rest auf Nicht-CO<sub>2</sub>-Effekte, wie das an der Studie beteiligte Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) mitteilte.

In Frankfurt baut man ebenso unbeirrt am Terminal 3 weiter. Hier sollen vor allem die Billigflieger bedient werden. Im Süden des Rhein-Main-Flughafens ist allerdings mittlerweile ein richtiger Jumbo-Parkplatz entstanden. Dort stehen wegen der Corona-Pandemie nicht eingesetzte Großraum-Flugzeuge regelrecht im abseits. Man lernt nichts - kein Umdenken in Sicht. Wer soll das letztlich alles bezahlen? Sie wissen es.

**Wir haben in den letzten Monaten viele Spenden erhalten.**

**DANKE!**

Das blickpunkt-Spenden-Konto:  
Kreissparkasse GG  
IBAN DE37508525530009003419